

An den
Präsidenten des Burgenländischen Landtags
Christian Illedits
Landhaus
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, 18.10.2016

Entschließungsantrag

der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller

betreffend

Tagsatz für die Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in kleinen Einheiten

Begründung:

Die Landesregierung hat in ihrem Regierungsübereinkommen vom Juni 2015 niedergeschrieben: „Im Burgenland wollen wir im Einklang mit den Gemeinden weiterhin möglichst auf kleine Einheiten bei der Unterbringung von Asylsuchenden setzen“ und „Die Koalitionspartner bekennen sich zu gesteigerten Anstrengungen des Landes Burgenland, um verstärkt entsprechende Unterkünfte für unbegleitete minderjährige Fremde und behinderte Personen zu schaffen.“

Damit verbunden muss die Zusage an die BetreiberInnen sein, die Quartiere kostendeckend zu führen. Unterkünfte für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) müssen über die Grunderfordernisse hinaus nach den Maßstäben und Vorgaben der Jugendwohlfahrt geführt werden. Das beinhaltet die Gestaltung der Unterkunft ebenso wie die personelle Ausstattung, die in Relation zur Größe der Einheit unterschiedlich hohe Kosten verursacht. Kleine Einheiten sind auch aus sozialpädagogischer und integrationspolitischer Perspektive Großquartieren vorzuziehen und zeigen in der Integrationsarbeit nachhaltigere Wirkung. Da die Landesregierung dazu verpflichtet ist, für die sich selbst gesteckten Ziele auch die entsprechenden Mittel bereitzustellen, ist es nach aktuellen Berechnungen der Gesamtkosten unumgänglich, den Tagsatz für UMFs, vor allem für jene, die in Quartieren mit bis zu 15 Kindern und Jugendlichen untergebracht sind, auf 91 Euro anzuheben.

Da sowohl die Lebenshaltungskosten als auch die Ansprüche der Behörden an die QuartiergeberInnen steigen, müssen auch andere Tagsätze angepasst werden. Die Anhebung der Tagsätze für UMFs in großen Quartieren sowie für AsylwerberInnen generell sind in Kooperationsgesprächen mit den Quartierbetreibern und den verantwortlichen Organisationen neu auszuhandeln.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Die Landesregierung wird aufgefordert, den Tagsatz für die Betreuung von unbegleitenden minderjährigen Flüchtlingen, die in kleinen Einheiten mit bis zu 15 Kindern und Jugendlichen untergebracht sind, auf 91 Euro anzuheben und diesen rückwirkend per 1. Jänner 2016 auszuführen.